

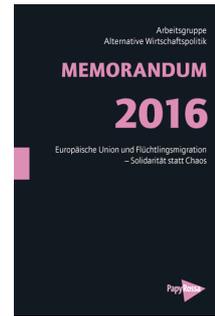
29. April 2016

Pressemitteilung

Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* veröffentlicht ihr

MEMORANDUM 2016

Europäische Union und Flüchtlingsmigration – Solidarität statt Chaos



Pressemitteilung kurz:

Die Armut vieler und der Reichtum weniger destabilisiert ganz Europa. „Die Identitätskrise der Europäischen Union wird im Umgang mit Geflüchteten besonders deutlich. Das jahrelange Paradigma von mehr Wettbewerb und weniger Solidarität gefährdet jetzt das eigentlich auf Stabilität angelegte Konstrukt EU von innen heraus“ mahnt *Prof. Dr. Mechthild Schrooten*.

Die EU steckt in der größten Krise seit ihrer Gründung. Was mit einer Krise des Währungssystems begann, hat sich längst zu multiplen Krisen ausgewachsen, die immer weitere Bereiche umfassen. In etlichen Mitgliedsländern gibt es starke nationalstaatliche Bewegungen, die auf die Gemeinschaft zentrifugal wirken. Nicht nur in Großbritannien wird über einen Austritt aus der Wirtschaftsgemeinschaft gesprochen. „Die EU hat mit ihrem Krisenmanagement schwere Schäden angerichtet, sowohl in ökonomischer als auch in politischer Hinsicht. Die Flüchtlingsfrage hat die Gräben innerhalb der EU noch einmal vertieft“ konstatiert *Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup*. Gleichzeitig sei aber auch der Handlungsdruck enorm groß, die Europäische Union auf eine neue Basis zu stellen und sie zu demokratisieren.

„Nicht nur die Integration der Geflüchteten braucht leistungsfähige staatliche Strukturen. Ein Ausbau des Sozialstaates und staatlicher Investitionen ist dringend notwendig. Renten und andere staatliche Leistungen müssen sicher sein.“ stellt *Prof. Dr. Mechthild Schrooten* fest.

Vieles spricht dafür, dass das Jahr 2016 zu einem wichtigen Entscheidungsjahr für die Europäische Union wird. „Es stellt sich die Alternative entweder auseinanderzubrechen in Nationalstaaten oder eine Weiterentwicklung der Gemeinschaft anzugehen“ mahnt *Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup*. Die Europäische Union ist in ihren Grundsätzen keine Solidargemeinschaft mehr. Sie hat sich in eine wenig tragfähige Wettbewerbsgemeinschaft transformiert. In der Folge gewinnt die nationale Ebene an Bedeutung. In einer solchen innerlich geschwächten Situation ist es fahrlässig, umfassende Handelsabkommen wie die Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) anzustreben. Statt einer Ausweitung der renditeorientierten internationalen Integration ist die Integration nach innen geboten – Solidität und Solidarität bieten hier zentrale Ansatzpunkte.

Pressemitteilung lang:

Notwendig sind umfassende öffentliche Investitionen in Europa – nicht nur als fiskalischer Impuls gegen die Krise, sondern auch, weil tatsächlich riesiger Bedarf besteht. Das von der EU-Kommission im Juncker-Plan angepeilte Investitionsvolumen von 300 Milliarden Euro stellt lediglich die Untergrenze des tatsächlichen Investitionsbedarfes dar. Inzwischen werden bereits Investitionsbedarfe von 500 Milliarden Euro als realistisch angesehen.

„Die Europäische Währungsunion muss endlich durch eine funktionierende wirtschaftspolitische Steuerung komplettiert werden. Dazu gehören Elemente einer gemeinschaftlichen Fiskal- und Wirtschaftspolitik“ hält *Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup* fest.

Diese Ausgabenpolitiken müssen aufeinander abgestimmt sein, damit es zu einem Mindestmaß an Gleichlauf in einer Währungsunion kommt. Dazu gehören Gemeinschaftsinitiativen etwa im Bereich der Infrastruktur. OECD und IWF fordern seit längerem, dass Staaten mit größeren finanziellen Spielräumen wie Deutschland diese auch tatsächlich nutzen, um der Konjunktur im Euroraum wieder Schwung zu geben.

Um eine notwendige, koordinierte Politik umsetzen zu können, wären folgende Maßnahmen notwendig:

- verbindliche Verfahren zum Abbau von außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten – Defiziten wie Überschüssen,
- vergemeinschaftete Kreditaufnahme,
- gemeinsame Fiskalkapazitäten und
- die EZB als „letzter“ Kreditgeber, der für Staatsanleihen aufkommt.

„Die Auflösung der Euro-Währungsunion würde nicht helfen, die riesigen wirtschaftlichen Probleme zu lösen. Dagegen stehen zunächst die gravierenden Umstellungsschwierigkeiten. Aber selbst wenn man diese ausblendet, ändert das nichts daran, dass in diesem Fall viele Probleme aus der Vor-Euro-Ära wieder da wären. Das wären vor allem eine dominante D-Mark und spekulative Währungsattacken“ fasst *Prof. Dr. Mechthild Schrooten* zusammen.

Integration der Geflüchteten braucht leistungsfähige öffentliche Strukturen

Doch die Herausforderungen an die EU gehen inzwischen weit über den Rahmen der Wirtschafts- und Finanzpolitik hinaus. Die Flüchtlingsfrage hat die Gräben noch einmal vertieft. Jetzt geht es darum, direkte Hilfe zu gewähren und dazu die erforderlichen politischen und strukturellen Bedingungen in allen zentralen Politikfeldern zu schaffen. Es geht aber auch darum, nachvollziehbaren Ängsten in großen Teilen der Bevölkerung den realen Boden zu entziehen. Ohne eine Revitalisierung des Sozialstaates und ohne die Schaffung von Arbeitsplätzen droht der Konkurrenzkampf um zu geringe soziale Leistungen und zu wenige Arbeitsplätze viele zu noch größeren Verlierern zu machen. „Auf keinen Fall darf die Lösung der Flüchtlingsfrage mit einem weiteren Sozialabbau einhergehen“ stellt *Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup* fest.

In Deutschland führen die aktuellen Flüchtlingsbewegungen dazu, dass die seit vielen Jahren fehlgeleitete Politik, die zu ungerechter Verteilung und Sozialabbau geführt hat, jetzt unter dem Ansturm der Flüchtlinge zur zusätzlichen Barriere wird. „Die Geflüchteten machen die sozialen Ungerechtigkeiten, die in den vergangenen Jahren politisch erzeugt wurden, wie unter einem Brennglas deutlich“ macht *Prof. Dr. Mechthild Schrooten* deutlich. Sie unterstreichen, wie nötig die von der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* seit langem geforderte Wiedererlangung der sozialstaatlichen Verantwortung mit einem handlungsfähigen

Staat auf allen Ebenen ist und wie dringend die Rückgewinnung wirtschaftspolitischer Vernunft und der Ausbau demokratischer Strukturen gebraucht werden.

Alternativen in der Wirtschaftspolitik sind nicht mehr nur notwendig, um drängende ökonomische Probleme zu lösen. „Ohne eine Umsteuerung in der Wirtschaftspolitik droht eine Erosion des demokratischen politischen Systems“ ist das Fazit von *Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup*.

Anhang:

Forderungen der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik*

Für den notwendigen sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft fordert die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* ein Investitions- und Ausgabenprogramm von zusätzlich 100 Milliarden Euro jährlich. Sie verteilen sich auf die Bereiche Bildung (25 Milliarden Euro), Verkehrsinfrastruktur (10 Milliarden Euro), Kommunale Ausgaben (10 Milliarden Euro), energetische Gebäudesanierung (5 Milliarden Euro), lokale Pflegeinfrastruktur (20 Milliarden Euro) und zusätzliche Arbeitsmarktausgaben (30 Milliarden Euro).

Ausgangspunkt für ein solches Investitions- und Ausgabenprogramm sind ungedeckte gesellschaftliche Bedarfe. Diese konzentrieren sich auf: das berechnete Anliegen nach mehr und qualitativ besserer Bildung, nach einem geringeren Energie- und Ressourcenverbrauch, nach besseren Maßnahmen der Daseinsvorsorge und generell nach einer besseren Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen. Gleichzeitig zielt dieses Programm darauf, die Beschäftigung und die Masseneinkommen zu steigern. Es geht um den Abbau von Arbeitslosigkeit und zugleich um die Verbesserung der materiellen Lebenslage großer Teile der Bevölkerung.

Zur Bewältigung der Flüchtlingsmigration sind Kapazitätsausbauten in folgenden Bereichen erforderlich:

Kinderbetreuung: Zigtausende Plätze in Kitas fehlen, Intensivierung des Kita-Ausbaus nötig

Schulen und Hochschulen: Es geht nicht nur um ein Mehr an Lehrkräften

Volkshochschulen und Jugendbildungsarbeit: Finanzielle Austrocknung beenden

Familien- und Jugendsozialarbeit: Frühzeitige Intervention baut dem Entstehen von Parallelgesellschaften vor

Gesundheitsdienste: Wiederaufbau funktionsfähiger Strukturen nötig

Integration erschöpft sich nicht im Spracherwerb und in der Eingliederung in den Arbeitsmarkt

Einrichtung von Koordinierungs-, Informations- und Beratungsstellen

Keine weitere Privatisierung der inneren Sicherheit

Die Finanzierung ist möglich

Um die anstehenden gesellschaftlichen Herausforderungen zu bewältigen und die Forderungen der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* umzusetzen, ist eine entsprechende Finanzierung notwendig. Die Finanzierung erfolgt auf drei Ebenen:

- Selbstfinanzierungseffekte,
- Kreditaufnahme,
- Steuerpolitik.

Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* legte erstmals im November 1975 (kurz nach Verabschiedung des 1. Haushaltsstrukturgesetzes, mit dem der Sozialabbau in der Bundesrepublik eingeleitet wurde) ein „Memorandum für eine wirksame und soziale Wirtschaftspolitik“ vor. Seit 1977 wird in jedem Jahr in der Woche vor dem 1. Mai ein weiteres Memorandum für eine alternative Wirtschaftspolitik veröffentlicht.

Mittlerweile gilt das Memorandum vielfach als „Gegengutachten“ zum jährlichen Gutachten des „Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ (der „fünf Weisen“).

Kontakt:

Gunter Quaißer, memorandum@t-online.de 069 26 02 49 50 0179 453 81 25
Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup 0160 94 47 99 84 Prof. Dr. Mechthild Schrooten 0178 780 78 44